

## Aufgaben von OWUS Berlin-Brandenburg 2008

# Wen und was brauchen linke Unternehmen?



- o Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen OWUS-Landesverbänden und Hilfe zur Gründung weiterer – sowie enge Zusammenarbeit im OWUS-Dachverband;

Momentan bestimmt vorwiegend ein Thema unsere Arbeit – die bevorstehende Gründung einer »Arbeitsgemeinschaft Linker Unternehmer« in den Strukturen der Linkspartei. Zwangsläufig entstand dabei auch die Frage – was passiert nach Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit OWUS? Brauchen linke Unternehmer zwei Organisationen – OWUS und die AG?

Ich habe mich zur Wahlversammlung klar und eindeutig für den Fortbestand von OWUS ausgesprochen. Ein Wirtschaftsverband ist Interessenvertreter seiner Mitglieder gegenüber den Trägern der Wirtschaftspolitik, insofern ist er selber auch Träger der Wirtschaftspolitik. Ein Wirtschaftsverband soll zu anderen Unternehmerorganisationen Verbindungen knüpfen, Bestandteil von unternehmerischen Netzwerken sein. Ein linker Wirtschaftsverband kann Plattform für andere lokale linke Vereinigungen sein, um Erfahrungen auszutauschen und ggfs. überregional die Kräfte zu bündeln. Ein Wirtschaftsverband soll für seine Mitglieder Wirtschaftskontakte knüpfen, betriebswirtschaftliche Weiterbildung organisieren usw.

Auf folgende Schwerpunkte hat sich der neu gewählte Vorstand geeinigt:

1. Stärkung der Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsunternehmen;
2. Stärkere Einflussnahme auf die öffentliche wirtschaftspolitische Meinungsbildung und darauf basierender Entscheidungen;
3. Entwicklung des Erfahrungsaustausches zwischen den Mitgliedern des Verbandes und Vertretern anderer Organisationen.

Im Einzelnen muss der Vorstand dazu Folgendes leisten:

- o Verstärkte Einbindung des Verbandes in regionale Netzwerke sowie wirtschaftspolitische und staatliche Gremien und Entwicklung der Zusammenarbeit mit anderen Interessengruppen und Wirtschaftsverbänden;
- o Organisation nationaler und internationaler Wirtschaftskontakte der OWUS-Mitglieder mit Schwerpunkt Lateinamerika;
- o Kritische Unterstützung wirtschaftspolitischer Positionen des Bundesvorstandes der LINKEN, der Bundestagsfraktion sowie der Landtagsfraktionen;
- o Beteiligung an der Erarbeitung des zukünftigen Parteiprogramms der LINKEN, der bevorstehenden Konstituierung der »AG Linke Unternehmer« und langfristig der Vorbereitung der Wahlen zu Europaparlament und Bundestag 2009;
- o Stärkung von OWUS BB e.V. durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und stärkere Einbeziehung der Mitglieder in die Verbandsarbeit;
- o Inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung der regionalen Unternehmertreffs;
- o Stärkung der Mitgliederentwicklung durch Einbindung von Nicht-OWUS-Unternehmen in die Verbandsarbeit;

In Arbeitsgemeinschaften treffen sich Parteimitglieder und Sympathisanten, um Erfahrungen und Gedanken in die Programmatik und Tagespolitik der Partei einzubringen. Dazu gehört auch das Recht, Delegierte zum Parteitag zu entsenden. Diese Zielsetzung ist identisch mit dem Satzungsziel von OWUS – »Einbringung unserer Anforderungen in die Politik«. Durch Einbindung in die Kommunikationsstrukturen der Linkspartei kann eine AG diese Aufgabe besser erfüllen als ein der Partei »nur« nahe stehender Wirtschaftsverband. Aufgabe einer innerparteilichen AG kann aber nicht das Organisieren von Wirtschaftskontakten und die Teilnahme in regionalen und lokalen Netzwerken sein. Für mich ist es schon ein Unterschied, ob dort eine Arbeitsgemeinschaft einer Partei auftritt oder ein (unabhängiger) Wirtschaftsverband.

Bei sicherlich starker personeller Identität der Mitglieder unserer beider Organisationen sollte meines Erachtens bei den Leitungsgremien keine Personalunion angestrebt werden. Für Wirtschaftspartner und Öffentlichkeit muss erkennbar sein, ob der Wirtschaftsverband spricht oder eine Partei-AG. Um eine Zersplitterung der Kräfte zu verhindern, sollte jedoch von vornherein eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit zwischen OWUS und der AG gewährleistet sein, in die gleichberechtigt auch andere auf Bundes- und Landesebene bestehende Arbeitsgemeinschaften einbezogen werden. Wirtschaftspolitiker und -praktiker müssen in der Diskussion gemeinsam auftreten, um ihrer Stimme noch besser Gehör zu verschaffen.

Dr. Rolf Sukowski  
Vorsitzender OWUS Berlin-Brandenburg

**aktuell**

**März**

**2008**

**10. Ausgabe**

### Inhalt:

<b>OWUS unterwegs</b>	<b>2</b>
Christa Luft in Leipzig	
<b>Diskutiert ...</b>	<b>3</b>
mit der IHK	
<b>Rundum ...</b>	<b>4</b>
die Kündigung	



### **OWUS gratuliert... Prof. Dr. Christa Luft**

Die Mitbegründerin und erste Vorsitzende des Offenen Wirtschaftsverbandes der linken Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen wurde 70.

*Eine OWUS-Delegation gratulierte zum Jubiläum. Die Fraktion DIE LINKE hatte zu Ehren des runden Geburtstages der einstigen Bundestagsabgeordneten zu einem Empfang in den Reichstag geladen. Gesine Löttsch würdigte die Wissenschaftlerin, Politikerin und Publizistin für ihre herausragenden Leistungen. Hohe Anerkennung zollte der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi ihrer Arbeit als Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung und bei der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Alternativen zum neoliberalen Kurs der Bundesregierung.*

*(Mehr über Christa Luft auf Seite 2.)*

**Neujahrsempfang 2008  
der Bundestagsfraktion**

**»Die LINKE wirkt«**

So das Motto des bemerkenswerten Abends im Reichstag mit Politikern, Wissenschaftlern, Künstlern und auch OWUS-Mitgliedern. Grund genug für gute Stimmung, aber diese war natürlich zusätzlich angeheizt durch das gute Abschneiden der LINKEN bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen. Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi trat gemeinsam mit Schauspieler Peter Sodann an und auf – entsprechend kurzweilig war die Botschaft: 2008 war noch besser als 2007. OWUS-Mitglieder hatten Begegnungen mit der Botschafterin von Venezuela, Blanca Nieves Portocarrero, mit dem früheren Direktor der Deutschen Bank, Edgar Most, und vielen anderen interessanten Persönlichkeiten. Angenehm und nützlich zugleich!



Wolfgang Neskowic MdB und Thomas Nord

**OWUS gratuliert  
Hans Modrow**

Der ehemalige DDR-Ministerpräsident wurde am 27. Januar 80 Jahre alt. Dazu übermittelte der OWUS-Vorstand herzlichste Glückwünsche. Hans Modrow hat sich in den mehr als 60 Jahren seines politischen Wirkens immer aktiv für linke Politik eingesetzt und als Abgeordneter des Deutschen und des Europäischen Parlaments, als Ehrenvorsitzender der PDS sowie – nicht zuletzt – als Mitglied des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung um eine demokratisch-sozialistische Politik gestritten. Mit großem Respekt vor seiner politischen Lebensleistung und seiner tatkräftigen Unterstützung für unseren linken Unternehmerverein dankte ihm der OWUS-Vorstand Berlin-Brandenburg unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Rolf Sukowski. Wir wünschen Hans Modrow weiterhin Gesundheit, Schaffenskraft und uns noch eine gute produktive Zusammenarbeit.

**OWUS Stammtisch in Leipzig-Markleeberg**

**Christa Luft vor Ort in Leipzig**



Nicht nur Leipziger linke Unternehmer, Sympathisanten und OWUS-Mitglieder trafen sich in schon gewohnter Runde in Sachsen. Diskutiert wurde die Stellung der LINKEN zum Eigentum an Produktionsmitteln sowie ihre Wirtschaftspolitik, speziell für Selbstständige und KMU. Herzlich begrüßter Gast – Frau Prof. Dr. Christa Luft, OWUS-Gründungsmitglied. Sie fasste den Ist-Zustand zusammen: Mit der Wende war oft zwangsweise ein Start in die eigene Existenz angesagt, jedoch gab es verbreitet in der SED/PDS/LINKEN Vorbehalte gegen Unternehmer. Zugleich wurde LINKEN von außen wirtschaftliche Kompetenz abgesprochen, teils vorhandene Kompetenz auch selbst nicht wahrgenommen. Dass Wirtschaft dem Allgemeinwohl zu dienen habe, sagt jetzt auch diese Partei – aber kauft man ihr das ab? Unternehmertum ist im Programm fixiert. Der Vision folgend, wird es verschiedene Eigentumsformen geben müssen – anders als in einer überzentralisierten Planwirtschaft. Nur so sind Kreativität, Innovationen

und öffentliches Interesse vereinbar. Wie auch immer große Konzerne staatlich gefördert wurden – die meisten (existenzsichernden!) Arbeitsplätze stellt der Mittelstand. Als wesentlich für die KMU sieht DIE LINKE Stärkung der Regionalwirtschaft, Aufbau von Eigenkapital, öffentliche Aufträge, differenzierten Umgang mit Mehrwertsteuer, Wiedereinführung der degressiven AfA, Rekommunalisierung der Infrastruktur, Wertschöpfungsabgabe zugunsten besserer Sozialabgaben durch kapitalstarke Unternehmen. Großkapital ist der Einfluss auf die »große Politik« zu entziehen, wurde diskutiert. Kapital ist mit Sozialstandards zu belegen: Ökokonformität, Mindestlohn und Verzicht auf Kinderarbeit.

Das Solidarprinzip ist zu erhalten, Eigentum nicht zu verteufeln, die Enteignungsphilosophie zurückzuführen. KMU sollten Netzwerke bilden. Mindestlöhne erfordern ein gesundes wirtschaftliches Umfeld. Kommunales Eigentum erhält soziale Querverbünde, die sonst nicht finanzierbar sind. Soziale Gerechtigkeit bekommt aktuell ein vollkommen neues Gewicht. 2/3 des Vermögens liegen bei 10 % der Menschen, dazu gibt es Armut aller Schattierungen. Kritik am Kapitalismus hat konkret zu sein, ökonomische Zusammenhänge sind transparent zu kommunizieren. Mitregieren muss zu Lösungen führen. Konzepte linker Wirtschaftspolitik sollten Gemeinschaftsarbeit sein. Wir Mittelständler wollen uns in Landtagen und Bundestag auch von LINKS vertreten sehen! Wirtschaftspolitik (von Links!) ist zu publizieren, nicht – wie bisher – selbst von linker Presse totzuschweigen oder in Vorständen zu ignorieren. Leider nur ein »weißer Rabe« ist die Unterstützung von OWUS und linken Unternehmern im Leipziger Umland.

Gerald Bindig, OWUS Sachsen

**OWUS BB zu Gast bei Klaus Lederer und Thomas Nord**

**Politik trifft KMU**

Die Landesvorsitzenden der LINKEN in Berlin und Brandenburg und OWUS-Vorständler trafen sich zum Meinungsaustausch vor allem in Vorbereitung der Gründung der »Arbeitsgemeinschaft Linker Unternehmer« bei den Landesverbänden der Partei. Wir baten beide, unseren Verband bei der Umsetzung, insbesondere der Organisation der satzungsgemäß erforderlichen Beitrittserklärungen (Berlin) zu unterstützen und argumentierten mit dem beiderseitigen Nutzen, wenn sich unternehmerisch tätige Parteimitglieder ein Gremium schaffen, um besser in die Partei hinein zu wirken. Zugleich wurden die immer noch vorhandenen Ressentiments gegenüber linken Unternehmen angesprochen. Klaus Lederer versprach, sich dafür einzusetzen, dass noch fehlende Zustimmungserklärungen für Berlin kurzfristig erfolgen. Ausgehend von Erfahrungen in Hellersdorf/Marzahn regte er ein Unternehmerfrühstück des Berliner Landesvorstandes mit örtlichen Unternehmen an. Im Weiteren informierten wir beide Parteichefs von unserem Projekt, mit Lateinamerika Wirtschaftskontakte zu organisieren und den dabei unvermeidlich auftretenden



Problemen. Thomas Nord interessierte sich für konkrete Vorschläge von OWUS zur wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg, u. a. bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Der Meinungsaustausch dazu soll demnächst fortgesetzt werden. Beide Landesvorsitzende bekundeten Interesse an einem erneuten Unternehmertreff mit OWUS. Die Einladung fiel uns wirklich nicht schwer.

Dr. Rolf Sukowski, Vorstandsvorsitzender OWUS BB

## OWUS – Brandenburg

## Die IHK zu Gast

Olaf Lücke, Leiter für Starthilfe und Unternehmensförderung der Industrie- und Handelskammer Potsdam, erläuterte Aufbau, Arbeitsweise und Angebote der IHK an Unternehmer und solche, die es werden wollen.

Einige OWUS-Mitglieder berichteten von positiven Erfahrungen mit der IHK in Sachen Hilfe und Unterstützung. Von kostenfreier Existenzgründungsberatung oder in wirtschaftlichen Notlagen, von Unterstützung bei Messen, Bürgschaften, Unternehmensnachfolge, Informationsbeschaffung, Beratung bei rechtlichen Problemen oder bei der Gestaltung allgemeiner Geschäftsbedingungen. Erste Informationen und Kontaktdaten können über [www.potsdam.ihk24.de](http://www.potsdam.ihk24.de) eingeholt werden.

Beim Thema Zwangsmitgliedschaft, von Herrn Lücke korrekt als Pflichtmitgliedschaft bezeichnet, gab es einen angelegten Meinungs austausch mit durchaus differenzierten Ansichten. Hierbei wurde auf die freiwillige Mitgliedschaft in anderen europäischen Staaten und dadurch eingeschränkte Leistungsangebote verwiesen. Andererseits besteht gerade in Ostdeutschland aus geschichtlicher Erfahrung große Skepsis gegenüber staatlich verordneten Zwängen. Auch Beitragshöhen, Mindestbeitrag und beitragsfreie Mitgliedschaft wurden debattiert, ebenso wie teils vorhandene, teils eingeschränkte Möglichkeiten der Einflussnahme und Interessenvertretung der KMU gegenüber der Politik.

Herrn Lücke argumentierte mit der Übernahme verschiedener staatlicher Aufgaben durch die IHK, einschließlich deren kostengünstiger Gestaltung. Die von ihm ins Feld geführte parteipolitische Unabhängigkeit der Kammer wurde von den Mitgliedern nicht uneingeschränkt geteilt,



zumal häufig der Eindruck der Übernahme von politischen Forderungen seitens der CDU und FDP besteht. Meine persönlichen Erfahrungen mit dem Regionalcenter Neuruppin bestätigen eher die parteiübergreifende Unabhängigkeit. Im Bau- und Wirtschaftsausschuss der SVV Neuruppin arbeitete sogar der ehemaligen Regionalstellenleiter Dr. Scheffter als sachkundiger Einwohner wirtschaftlich und regional kompetent mit Mandat der Linken. Dies war im Interesse der Linken und der gesamten Stadt im Sinne einer zukunftsweisenden Wirtschaftspolitik.

Nur wegen der fortgeschrittenen Zeit musste die Diskussion abgebrochen werden. Ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft offen mit der IHK umgehen werden, um ihre Möglichkeiten noch intensiver für unsere Mitglieder zu nutzen. Gegenwärtig ist die Pflichtmitgliedschaft zwingend. Ob sie abgeschafft wird mit positiven wie negativen Folgen, wird die weitere politische Diskussion zeigen.

Gerd Klier, Neuruppin

Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht, OWUS Mitglied

## OWUS – Thüringen mit neuem Vorstand

## »Soziale Gerechtigkeit für Unternehmer!«

Steuerberater Gerd Beck, der neue Vorsitzende, dankte der bisherigen Landes-Chefin Rosel Neuhäuser. Sie hatte nicht wieder kandidiert, aber in den zurückliegenden Jahren engagiert den Thüringer OWUS-Verband »reanimiert« und wird ihm auch treu bleiben.

Beck informiert über künftige Vorhaben, zu denen eine Veranstaltungsreihe zu wirtschaftlichen Themen zählt, um stärker in die Öffentlichkeit zu wirken. Mit gleichem Ziel haben bereits Thüringer OWUS-Mitglieder eine öffentliche Petition im Bundestag initiiert, die sich gegen neue Gebühren für verbindliche Auskünfte der Finanzämter wendet. Auch eine Stellungnahme zu Anträgen der Bundestagsfraktion wurde abgegeben.

Beim Neujahrsempfang hob Gerd Beck die Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hervor: »Das Schicksal von ArbeitnehmerInnen und KMU ist viel enger aneinander gebunden, als manche denken – das wussten schon Marx und Engels. Wir als LINKE müssen die KMU an unsere Seite bringen«. Auch sprach er sich für Mindestlöhne aus, deren Einführung aber von geeigneten Maßnahmen begleitet sein muss, um gerade die KMU nicht zu überfordern. Außerdem seien EU-weite Regelungen gegen Lohndumping nötig. »Wir wollen soziale Gerechtigkeit – auch für Unternehmer!«

Stefan Wogawa kritisierte die Wirtschaftspolitik in Thüringen als weder nachhaltig noch im Interesse der KMU. Er bezeichnete es als wichtige Aufgabe von OWUS, sich stärker in der Politikberatung zu engagieren, vor allem mit Blick auf das Wahljahr 2009.

Landtagsabgeordnete und Landesparteiwizze Ina Leukefeld betonte, Die LINKE habe sich klar bekannt, die CDU-Regierung abzulösen. Sie forderte OWUS auf, an den Landes- und Kommunalwahlprogrammen mitzuarbeiten. Die stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Thüringer Landtag wies auf die Wichtigkeit hin, die Meinungen, Vorschläge und Kritiken von Unternehmern für die Qualifizierung linker Wirtschaftspolitik haben. Die Fraktion selbst bereite gerade eine Initiative »Arbeitsplätze durch Klimaschutz und Energieoffensive« vor.

Für den OWUS Dachverband lobte Geschäftsführerin Renate Vehlow die traditionell gute Zusammenarbeit mit Thüringen und informierte über den Stand der AG-Bildung »Linker Unternehmer« und weitere Schwerpunkte 2008.

Weiterhin wurden gewählt: als Stellvertreter Detlef Hautal und Stefan Wogawa, als Schatzmeister Frank Kuschel, als Beisitzer Bernd Michaelson.

Stefan Wogawa

Vorstand, OWUS-Thüringen

## Frischer OWUS-Wind in Berlin

Wohin wollen wir mit unserem Unternehmertreff?

Eine wahrlich anregende Frage für's erste Treffen im neuen Jahr: Manfred Klein will die gute Themenmischung aus Wirtschaft und Politik ausbauen. Es gelte, den Kontakt zu linken Politikern zu halten, denn wir hätten uns viel zu sagen.

Robert Gadegast will linke Politiker stärker fordern, um gemeinsam linke Positionen zu entwickeln und zu stärken; besonders bei Themen wie Mindestlohn und öffentlich geförderter Beschäftigung. Klaus Strehle erinnerte an das OWUS-Motto und bekräftigte seine Meinung, unbedingt und zutiefst politisch zu agieren.

Jürgen Meergans stellte Themen wie Klima- und Umweltschutz oder Privatisierung im Gesundheitswesen in den Mittelpunkt, also Probleme, die viele bewegen. Reinfried Lauterbach will den Erfahrungsaustausch fördern: Wie betreiben andere ihr Unternehmen, was fördert oder hemmt sie? Wo sind OWUS-Unternehmen außerdem aktiv, mit welchen Synergien? Das griffen Gudrun Israel-Harnack und Peter Fischer auf und schlugen vor, sich anderen Netzwerken und Partnern zu öffnen, um voneinander zu lernen.

Renate Vehlow erinnerte an die wichtige und wirkungsvolle Werbeverpflichtung, gute und aktuelle Firmenprofile im Internet zu präsentieren. Günter Buhlke forderte ein kleines Weiterbildungsprogramm zu Wirtschaftsthemen wie Steuern, Gesetzesänderungen und Risikomanagement. Klaus Eichler plädierte für mehr Öffentlichkeitsarbeit in den Unternehmen und im Verein und für eine enge Zusammenarbeit der neuen LINKEN-AG und OWUS. Gezielte Antworten also, die der Vorstand bis zum nächsten Treff am 22. April in einen Guss zu bringen hat.

Prof. Dr. Irene Gebauer,  
OWUS-Vorstand

**Termine**

**20.3., 19:00 Uhr, Berlin**

Welche Perspektiven haben die europäisch-russischen Beziehungen? mit Helmuth Markov, Großer Konferenzsaal des Informationsbüros des Europäischen Parlamentes, Unter den Linden 78

**29.3., 10:00 Uhr**

Politfrühschoppen in Seelow: Wie weiter in Europa – Chancen für das Oderland, mit Helmuth Markov, Club der Volkssolidarität, Puschkinplatz 2a

**OWUS Sachsen**

**2.4., 19:15 Uhr**

Gaststätte »Zum General von Finck«, Wilhelm-Franke-Str. 16, 01219 Dresden Gast: Kandidat der Partei zur Wahl des Dresdener Oberbürgermeisters Dr. Klaus Sühl

**17.4., 19:00 Uhr**

Unternehmertreff Potsdam, Gaststätte »Froschkasten«, mit Anita Tack, Mitglied des Landtages Brandenburg und verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

**18.4., 15:30 Uhr**

Betriebs- und Personalrätekonferenz der Linksfraktion im Bundestag, Bielefeld, Ravensberger Spinnerei

**22.4., 19:30 Uhr**

Unternehmertreff Berlin, Hotel ABACUS (Tierparkhotel), mit Stefan Liebich, Wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus Berlin

**25.4.**

Ostdeutschlandkonferenz der Linksfraktion im Bundestag, Dresden

**27.4., 18:00 Uhr**

RLS, Potsdam, Dortustr. 53 Thema: »Die Welt in der wir leben« Das Verfassungsreferendum und die international. Position Venezuelas, Referenten: Otto Pfeiffer, Dr. Arnold Schölzel

**Brandenburg-Berlin**

**21./22. Mai 2008**

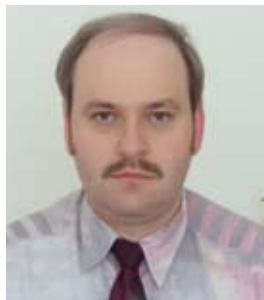
Regionale Mittelstandsmesse, Caligari-Halle, Potsdam

**Vorschau:**

**Die besondere Reise** – anlässlich des 30. Jahrestages des 1. Deutschen im All: Vom 7.–11.9.2008 u. a. in's »Sternenstädtchen« und in das Raumflug-Kontrollzentrum in Koroljow. Im Sternenstädtchen wird der ehemalige Kosmonaut Dr. Sigmund Jähn die Gäste begrüßen.

Anmeldungen (Flug ab/an Berlin, 1.149 € pro Person im DZ) ausschließlich bei Touristik und Kontakt International, Tel.: 030-423 33 30 Jürgen Heinrich, www.tuk.de

# Aktueller Stand der GmbH-Reform Teil 4 und Schluss



**Reformen für Gründer – das MoMiG**

**Bekämpfung von Missbräuchen**

Praxisfälle im Zusammenhang mit der Rechtsform GmbH sollen durch verschiedene Maßnahmen bekämpft werden:

Die Rechtsverfolgung gegenüber Gesellschaften soll beschleunigt werden. Das setzt voraus, dass die Gläubiger wissen, an wen sie sich wegen ihrer Ansprüche wenden können. Deshalb muss künftig in das Handelsregister eine inländische Geschäftsanschrift eingetragen werden. Dies gilt auch für Aktiengesellschaften, Einzelkaufleute, Personenhandelsgesellschaften sowie Zweigniederlassungen (auch von Auslandsgesellschaften). Wenn unter dieser Geschäftsanschrift eine Zustellung (auch durch Niederlegung) nicht geht, wird die Möglichkeit verbessert, gegenüber juristischen Personen (insbesondere der GmbH) eine öffentliche Zustellung im Inland zu bewirken. Dies bringt eine erhebliche Deregulierung für die Gläubiger der GmbH, die bisher mit Kosten und Problemen der Zustellung (insb. Auslandszustellungen) zu kämpfen hatten.

Die Gesellschafter werden im Falle der Führungslosigkeit verpflichtet, bei Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung einen Insolvenzantrag zu stellen. Hat die Gesellschaft keinen Geschäftsführer mehr, muss stattdessen jeder Gesellschafter Insolvenzantrag stellen, es sei denn, er hat von Insolvenzgrund oder Führungslosigkeit keine Kenntnis. Die Insolvenzantragspflicht durch Abtauchen der Geschäftsführer nicht mehr umgangen werden. Geschäftsführer, die Beihilfe zur Ausplünderung der Gesellschaft durch Gesellschafter leisten und dadurch deren Zahlungsunfähigkeit herbeiführen, werden stärker in die Pflicht genommen. Dazu wird das sog. Zahlungsverbot in § 64 GmbHG geringfügig erweitert. Bisherige Ausschlussgründe für Geschäftsführer (§ 6 Abs. 2 Satz 3 GmbHG, § 76 Abs. 3 Satz 3 AktG) werden um Verurteilungen wegen Insolvenzverschleppung, falscher Angaben und unrichtiger Darstellung sowie Verurteilung auf Grund allgemeiner Straftatbestände mit Unternehmensbezug (§§ 265b, 266 oder § 266a StGB) erweitert. Zum Geschäftsführer kann also nicht mehr bestellt werden, wer gegen zentrale Bestimmungen des Wirtschaftsstrafrechts verstoßen hat. Das gilt auch bei Verurteilungen wegen vergleichbarer Straftaten im Ausland.

Gerd Beck, Vorsitzender OWUS-Thüringen e. V., GerdBeck-ZM@t-online.



# Kündigung im Arbeitsrecht

Eine Kündigung des Arbeitsvertrages kann durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber erfolgen. Die Kündigung muss nicht von der anderen Partei angenommen werden. Sie wird automatisch mit Zugang der Kündigungserklärung wirksam.

Häufig stellt sich jedoch heraus, dass die Kündigung aus formellen oder inhaltlichen Gründen nicht zulässig war. Will sich der Arbeitnehmer gegen eine nicht zulässige Kündigung wehren oder eine Kündigung aus anderen Gründen überprüfen lassen, muss er innerhalb von drei Wochen ab Zugang beim Arbeitsgericht eine Kündigungsschutzklage einreichen. Wird die Kündigungsschutzklage nicht innerhalb dieser Frist eingereicht, wird die Kündigung auch wirksam, wenn diese an sich unzulässig oder rechtsunwirksam war. Rechtsunwirksamkeit kann sich zum Beispiel ergeben, weil die Schriftform nicht gewahrt wurde, bei einem Schwerbehinderten das Versorgungsamt nicht zuvor die Zustimmung erteilt hat, der Betriebs- oder Personalrat nicht angehört wurde, die Gekündigte schwanger ist, keine betrieblichen, persönlichen oder verhaltensbedingten Grün-

de bestehen oder die Sozialauswahl nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Das Arbeitsgericht wirkt zunächst in einer Güteverhandlung.

Gerd Klier, Neuruppin, Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht

## Verein zur Förderung alternativer Energien in der Karibik e.V.

KarEn wendet sich an alle Freunde Kubas, an langjährige und neue Spender, an das BMZ, die Stiftung Nord-Süd-Brücken, an Brot für die Welt und an Unternehmen, die geplanten und laufenden Projekte zu unterstützen. Schwerpunkte der Hilfe für Kuba sind die Sanierung und der Bau von Trinkwasserversorgungsanlagen, Einrichtungen der Solar- und Windenergie, Landschulheime, Kindergärten, Arzthäuser und weitere. Dafür benötigt KarEn vor allem Geldspenden, aber auch Werkzeuge, Kleinmaschinen, medizinisches Material und vieles mehr. Anfragen und Kontakt: Verein zur Förderung alternativer Energien in der Karibik e.V. Weydingerstraße 14-1610178 Berlin Fon und Fax 030-24 00 94 70karen.ev@t-online.de www.karen-berlin.de

## Impressum

**Herausgeber:** OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlou,  
**Redaktion:** C. Hempel, R. Vehlou  
**Geschäftsstelle:** Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin,  
Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

**Satz/Layout/Druck:** typgerecht berlin GbR, Schönhauser Allee 36, KulturBrauerei · Haus 1, 10435 Berlin, 030 - 48 49 62 43  
**Fotos:** Renate Vehlou, F. Sturm  
**Red. Schluss:** 10.03.08  
Zuschriften können bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.